

«Viele Guerilleros haben die Nase voll»

Kolumbiens Farc willigen in den Frieden ein. Doch die Gewalt sei damit nicht beendet, sagt der Kolumbien-Experte Kai Ambos

NZZ am Sonntag: Sie beschäftigen sich als Strafrechtler seit über 20 Jahren mit Kolumbien. Ist der Bürgerkrieg mit dem Abkommen vom letzten Mittwoch zu Ende?

Kai Ambos: Das zu sagen, wäre übertrieben. Es wird zwar der älteste Konflikt in Kolumbien beendet, der zwischen der Regierung und der Guerilla der Farc (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens). Aber darüber hinaus gibt es viele weitere Gewaltakteure wie die Guerilla der ELN (Nationale Befreiungsarmee) und neue Drogenbanden.

Aber der Konflikt zwischen der Regierung und den Farc ist gelöst?

Auch da gibt es noch einige Hindernisse. Am 2. Oktober hält die Regierung eine Abstimmung über das Abkommen ab. Danach geht es um die Umsetzung, und da wird es richtig problematisch.

Die Hürde des Plebiszits ist ja tief.

Es wurde eine Wahlbeteiligung von im Minimum 13 Prozent ausgehandelt. Theoretisch könnte Präsident Juan Manuel Santos mit 6,5 Prozent der Wahlberechtigten die Zustimmung der Bevölkerung bekommen. Laut den Prognosen ist es möglich, dass er die Abstimmung verliert, denn er ist sehr unpopulär.

Viele in Kolumbien stossen sich am Strafabbau für die Farc-Kämpfer.

Auch das humanitäre Völkerrecht sieht eine möglichst umfassende Amnestie zur Beendigung eines Konflikts vor. Damit verbunden ist die Hoffnung auf die Beendigung eines Konflikts, der schon Zehntau-

sende das Leben gekostet hat und noch viele weitere Opfer fordern könnte.

Und um des Friedens willen ist es möglich, dass ein Farc-Kämpfer und Mörder mit fünf Jahren Hausarrest davonkommt.

Ich bezweifle, dass das im Fall von Mord so sein wird. Das neue System soll, vereinfacht gesagt, die Ehrlichen, Reuigen belohnen und die Unverbesserlichen aus dem Verkehr ziehen. Wer sich der im Abkommen ausgehandelten neuen Gerichtsbarkeit freiwillig unterstellt und seine Taten gesteht, muss mit einem höchstens achtjährigen Freiheitsentzug rechnen, der auch ausserhalb des Gefängnisses verbüsst werden kann. Zum Beispiel im Hausarrest. Wer aber die Zusammenarbeit mit der Justiz verweigert, wird einem herkömmlichen Verfahren unterzogen, das mit

Kai Ambos



Der Professor für internationales Strafrecht an der Universität Göttingen berät seit mehr als zwanzig Jahren die Justiz in Kolumbien. Ambos arbeitet auch als Verteidiger am Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien.



Bürger feiern die Ankündigung des Friedensabkommens zwischen Regierung und Farc-Rebellen. (Bogotá, 25. August 2016)

bis zu 20 Jahren Gefängnisstrafe enden kann.

Ist so etwas eigentlich mit dem Völkerrecht vereinbar?

Das Friedensabkommen erfüllt das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs. Es verlangt vereinfacht gesagt, dass es für völkerrechtliche Verbrechen keine Amnestie geben darf. Kolumbien geht sogar darüber hinaus. Auch bei Folter und anderen als Einzeltaten begangenen Delikten ist Strafverzicht ausgeschlossen.

Die Opfer des Bürgerkriegs wollen doch harte Strafen für die Täter.

Das ist die grosse Frage in Kolumbien. Manche wollen, dass die Täter ins Gefängnis kommen. Andere wollen vor allem, dass die betreffende Person ihre Straftat gesteht und bereut.

Das Abkommen sieht auch vor, dass die Farc die Waffen abgeben.

Die Uno soll das beaufsichtigen. Reicht das? Funktioniert das?

Da hat Kolumbien Erfahrung, nicht zuletzt mit den paramilitärischen Prozessen. Wenn die Uno so etwas überwacht, erhält das mehr Legitimität. Die wichtige Frage ist, ob sich die Führung der Farc in den eigenen Reihen durchsetzt und sich sämtliche Einheiten demobilisieren.

Man redet von 7000 Farc-Kämpfern unter Waffen. Es ist wohl naiv, zu glauben, dass diese jetzt aus dem Urwald zurückkehren und einen Coiffeursalon im nächsten Dorf eröffnen.

Das wäre aber genau die Idee. Das Wichtigste ist, die Reintegration zu fördern. Bei früheren Demobilisierungen, zum Beispiel der Guerilla M-19, hat man denen ein Auto und eine Taxilizenz gegeben. Sie fuhren dann Taxi in Bogotá oder Medellín. So hatten sie etwas zu tun. Auch heute muss der Staat etwas

anbieten, um diese Leute zu reintegrieren.

Kolumbien hat sich zu sehr viel verpflichtet: Reintegration der Guerilleros, dazu die Lösung der jahrzehntealten Landfrage. Zudem sollen die Koka-Bauern Alternativen erhalten. An all dem ist das Land bis jetzt gescheitert.

Der Einwand ist sehr berechtigt. Man kann nur sagen: Wenn Santos die Abstimmung besteht, kommt es ganz stark auf die Umsetzung an. Das ist eine Jahrhundertaufgabe.

Im stark von den Farc kontrollierten Departement Nariño hat nun ein Stadtpräsident geklagt, mit dem Rückzug der Guerilla sei die Gewalt gestiegen. Kann das sein?

In der Kriminologie spricht man von der Autorität der Illegalität. Eine illegale Gruppe ist immer auch ein Ordnungsfaktor. Wenn sie sich zurückzieht, entsteht ein Machtvakuum, das

gefüllt werden muss. Das sehen wir ja im Irak oder in Syrien.

Arbeiten die Farc-Kämpfer also nun auf eigene Rechnung?

Nein. Viele Guerilleros waren 20 oder 30 Jahre in den Bergen und haben jetzt einfach die Nase voll. Die wollen zurück in ein halbwegs normales Leben - oder schlicht in Rente gehen.

Die Gefahr ist also, dass die Guerilla durch neue kriminelle Gruppen ersetzt wird?

Genau. Die Gefahr geht heute schon von den erwähnten neuen Drogenbanden aus, den Bacrim. Das ist ein bisschen wie der Isla-

«Die Gefahr geht von den neuen Banden aus. Das ist ein bisschen wie der IS.»

mische Staat. Die rekrutieren alternativlose junge Leute, die nichts zu tun haben und durch die Macho-Kultur geprägt sind. Die brauchen gar keine Ex-Guerilleros zu rekrutieren.

Das heisst, nach dem historischen Friedensschluss könnte die Gewalt in Kolumbien ansteigen?

Ja. Aber das ist nicht unüblich und hängt davon ab, wer die Kontrolle über das betreffende Gebiet hat.

Braucht Kolumbien auch internationale Unterstützung?

Das ist ja kein armes Land. Es gibt sehr viel Geld. Einkommen und Land sind aber sehr ungleich verteilt. Die internationale Hilfe dient eher der Legitimation. Präsident Santos hat das bis anhin sehr geschickt gemacht, indem er sich internationale Unterstützung für den Friedensprozess gesichert hat.

Interview: Matthias Knecht